

Rußland - Rent-Seeking-Unternehmerkultur hindert Wachstum: Krisenüberwindung durch Außenschuld erschwert

Hishow, Ognian N.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hishow, O. N. (1999). *Rußland - Rent-Seeking-Unternehmerkultur hindert Wachstum: Krisenüberwindung durch Außenschuld erschwert*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 24/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47992>

Nutzungsbedingungen:

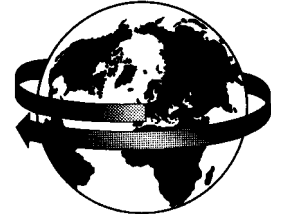
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 24/1999

30. Juli 1999

Rußland: Rent-Seeking-Unternehmerkultur hindert Wachstum

Krisenüberwindung durch Außenschuld erschwert

Zusammenfassung

Knapp ein Jahr nach dem Rubelcrash befindet sich die russische Wirtschaft in einem Schwebезustand. Weder ist entgegen anderslautender Befürchtungen ein Rückfall in die Hyperinflation erfolgt, noch gibt es klare Signale der Wirtschaftspolitik in Richtung Neuauflage der Reformen. Es scheint ein langfristiger Trend vorzuliegen, wonach die russische Transformation an Rent Seeking orientiert ist und die Defizite in der Einführung einer wettbewerbs- und wachstumsorientierten Marktwirtschaft finanziell vom Westen übernommen werden sollen. Hierbei würde Deutschland als Hauptgläubiger eine große Last tragen müssen.

Transformationsrezession ohne Ende?

Bis zum 17. August 1998 galt die Verpflichtung der Zentralbank von Rußland, den Rubel-Dollar-Wechselkurs innerhalb einer bestimmten Bandbreite um einen Mittelwert von 6,1 RUR/\$ zu halten. Ungeachtet der Widrigkeiten der Asien-Finanzkrise von 1997 funktionierte diese Strategie zunächst, da die Finanzmärkte der Versicherung Moskaus, es werde die Budgetdefizite unter Kontrolle bringen, Glauben schenkten. Die Budgetdefizite waren zum wichtigsten Einflußfaktor des Wechselkurses geworden. Die Rolle der Finanzmärkte – der ausländischen Käufer russischer staatlicher Schuldverschreibungen – war entsprechend groß, da mehr als die Hälfte des Haushaltsdefizits durch externe Kreditaufnahme gedeckt wurde. Sie engagierten sich dabei besonders gerne, da die Wechselkursgarantie der Zentralbank einerseits, und die hohen Realzinsen auf die Anlagen andererseits, den russischen Rentenmarkt besonders lukrativ machten.

Dies konnte nur funktionieren, solange die Devisenzuflüsse ausreichend waren. Als ausreichend sind jene Devisenströme definiert, die über den Schuldendienst hinaus die Währungsreserven der Zentralbank zumindest konstant belassen. Im Falle Rußlands verschuldete sich die Föderation zuletzt mit ca. 1 Milliarde Dollar monatlich, auf die etwa 300 Millionen Dollar an Zinsen zu entrichten waren, während die Salden der Leistungsbilanz mittlerweile kaum noch positiv ausfielen. Da diese Salden wichtige Informationen über die Fähigkeit der Volkswirtschaft, Devisenerlöse zu erzielen, liefern, wurden die internationalen Anleger zurückhaltender. In der Folge überstiegen die Schuldendienstzahlungen die Nettowährungseinnahmen aus Exportgeschäft und Kapitalimport und die Reserven der Zentralbank mußten angetastet werden. Sie reichten nicht aus für die Deckung der kurzfristigen Schuld, woraufhin ein Kapitalabzug erfolgte. Der Rubel mußte abgewertet werden.

Nach der Abwertung fiel das nominale Inlandsprodukt und das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) verzeichnete ebenfalls einen Rückgang von fast 10% im 4. Quartal 1998 im Vergleich zum Vorjahresquartal.¹ Allerdings schrumpfte bzw. stagnierte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Rußland bereits in den Jahren davor. Auch während des nominellen Wechselkursankers und in der Periode relativ geringer, dazu noch rückläufiger Inflationsraten Anfang 1997 bis Mitte 1998 ist keine Wende herbeigeführt worden. Dagegen war die polnische Wirtschaft bereits auf einen Wachstumspfad umgeschwenkt, als die Preissteigerungen mit zwischen 40 und 30% noch relativ hoch waren. Ähnliche Beispiele können aus Ungarn und dem Baltikum genannt werden, aber auch aus anderen Schwellenländern wie Brasilien Anfang/Mitte der 80er Jahre, Argentinien u.a.m. Alles in allem ist die Korrelation zwischen Preisstabilität und Wachstum zumindest locker, da letzteres selbst unter den Bedingungen hoher, jedoch vorhersehbarer Inflationsraten zustande kommt. Dagegen bleibt es – wie der Fall Rußlands belegt – aus, wenn Investoren keinen gesicherten Planungshorizont haben und Portfolioinvestitionen die langfristigen Direktinvestitionen "ausbooten".

In den ersten Jahren nach der politischen Wende glaubte man den Produktionsrückgang aus Transformationseffekten heraus erklären zu können. Der von J. Kornai geprägte Begriff der "Transformationsrezession" ist jedoch etwas irreführend, weil er einen gewissen Automatismus der Krisenüberwindung suggeriert. Ist doch die Rezession lediglich eine Phase des Konjunkturablaufs, der nach einiger Zeit die Erholung folgt. Auch die Erfahrung der Reformvorreiter schien die Episodenhaftigkeit der Transformationsrezession zu bestätigen: Nach anfänglichem Rückgang des BIP setzte in den ostmitteleuropäischen Ländern bereits in den frühen 90er Jahren Wachstum ein. Da die von der Regierung Gaidar in Rußland 1992 eingeleiteten Reformen Standardcharakter hatten und sich nicht von den Reformschritten anderswo unterschieden, schien die baldige Erholung seiner Wirtschaft – ebenfalls wie der polnischen, ungarischen, baltischen etc. – nur eine Frage der Zeit zu sein.

Wirtschaftsphilosophie des Rent Seekings

Das ausbleibende Wachstum läßt schnell erkennen, daß die Defizite der russischen Wirtschaftspolitik im güterwirtschaftlichen Sektor zu suchen sind, nachdem die monetäre Seite der Stabilisierung deutliche Erfolge gezeigt hat. Sie treten bei der Rückführung der sehr hohen Inflationsraten und bei der Wechselkursstabilisierung bis zum Spätsommer 1998 besonders hervor. Diese Fortschritte wurden jedoch wettgemacht von den Versäumnissen im fiskalischen, investitionspolitischen und ordnungspolitischen Bereich, vor allem in Bezug auf eine transparente Privatisierung mit Gleichbehandlung in- und ausländischer Bewerber.

Sofern die Investitionen den Kapitalstock erhalten und erweitern, sind sie von zentraler Bedeutung für das sektorale, regionale und volkswirtschaftliche Wachstum. Zwar ist auch ohne zu investieren möglich, Wachstum vorübergehend zu erzielen – insbesondere durch bessere Kapazitätsauslastung und Ausschöpfung von Produktivitätsreserven. Der technisch veraltete sowjetische Produktionsapparat war – trotz einer im internationalen Vergleich hohen Kapitalausstattung der Volkswirtschaft² – in dieser Hinsicht allerdings wenig geeignet. Dies zeigte sich besonders angesichts der allgemeinen Öffnung der russischen Märkte für westliche Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie, die entsprechende heimische Produkte arg ins Bedrängnis brachten. Zu einer schnellen Modernisierung und technologischen Erneuerung gab es praktisch keine Alternative.

Wachstumspolitisch bedeutet dies, daß bei konstantem oder abnehmendem Arbeitseinsatz der Kapitalstock mit einer gegebenen Rate erweitert werden muß, wenn auch die Produktion wachsen soll. Im Rußland der 90er Jahre sind aber die Investitionen schneller zurückgegangen, als die Produktion, was darauf hindeutet, daß die Abschreibungen, d. h. die wichtigste Finanzierungsquelle der Ersatzinvestitionen und somit des Erhalts des Produktionsapparats, für Konsumzwecke

¹ PlanEcon Report, 28. Mai 1999, Tabelle 1.

² Der Kapitalkoeffizient (der volkswirtschaftliche Kapitalstock zum BIP) lag Mitte der 90er Jahre bei 5,0. Zum Zustand des russischen Sachanlagevermögens vgl. Roland Götz, Wirtschaftswachstum in Rußland, Berichte des BIOst, Nr. 32/1997, S. 16 ff.

systematisch "substituiert" worden sind. Angesichts der umfassenden Privatisierungsquote von über 60% ergibt sich somit die Frage, warum die neuen Eigentümer nicht investieren, um die Betriebe am Leben zu halten, sondern "sehenden Auges" die Unternehmensaktiva ausdünnen lassen?

Klassische Unternehmer sind von der Idee motiviert, Wohlstand durch Firmengründung und eine gute Marktposition zu erzielen. Entsprechend sind sie bereit, hohe Risiken zu tragen – in der Regel in Form von Startkapitalkrediten und Verpfändung persönlichen Vermögens. In der Transformationssituation der postkommunistischen Länder ist ein neuer Typ des neokapitalistischen Unternehmers – jener mit Nomenklaturverbindungen – aufgetreten, dessen Aufstieg weniger vom persönlichen Einsatz für die eigene Firma, als mehr von der Gewichtigkeit seiner parteipolitischen Kontakte abhängt. Solche "Rent-Seeking-Unternehmer" behandeln die praktisch zum Nulltarif erworbenen Aktiva wie eine plötzliche Millionenerbschaft – sie legen sie bei einem ausländischen Institut zinsbringend an oder geben sie für Luxus aus. In Rußland liegt die paradoxe Situation vor, daß bei fortschreitender Privatisierung die Produktion statt zu steigen, rückläufig ist.³

Asset Stripping löste Schuldenkrise aus

Die rasche Privatisierung in Rußland hat zu tiefgreifenden Einschnitten in den Eigentumsverhältnissen mit negativen volkswirtschaftlichen Folgen geführt. Daran ist jedoch nicht – wie die positiven Beispiele der Transformationsvorreiter belegen – die "Rekapitalisierung" an sich schuld, sondern das gewählte Modell, bei dem ehemals volkseigenes materielles Vermögen in privates Finanzvermögen transferiert wird. Die Kehrseite dieser Betriebsvermögensvernichtung (Asset Stripping)⁴ ist neben dem ausbleibenden Wachstum eine anhaltende beträchtliche Kapitalflucht, deren Nettoumfang im Durchschnitt der 90er Jahre vorsichtig auf ca. 7 Milliarden Dollar jährlich zu schätzen ist (Zahlungsbilanzsalden). Der Erwerb von Aktiva mit dem Ziel, diese zu "versilbern", hat nicht nur das erhoffte Wachstum bislang hinausgezögert. Es ist auch zu einer zwangsläufigen Aufstockung der Außenschuld der Föderation und des Privatsektors, und schließlich zur Auslösung der gegenwärtigen Zahlungskrise, gekommen.

Tabelle 1: **Kapitalflucht und Neuverschuldung 1991 bis 1998 (in Mrd. US-Dollar)**

Kapitalabfluß, netto	Kreditaufnahme bei	Betrag
	Eurofinanzmarkt	17
	Westliche Regierungen*	15
	IWF	25
	GKO**	17
70	Summe	74

*Kredite an die Russische Föderation nach 1991; **Von Ausländern gehaltener Anteil, US-Dollar.

Quellen: Russian Economic Trends, Nr. 3/1998, S. 65; Joint BIS/IMF/OECD/World Bank Statistics: www.oecd.org/dac/debt/htm/jt-rus.htm; Financial Times, 18.1.1999; Handelsblatt, versch. Ausgaben.

Die Kapitalflucht hat die laufend positiven Leistungsbilanzsalden von jahresdurchschnittlich rund 4 Milliarden Dollar seit dem Zerfall der UdSSR mehr als kompensiert und beschleunigte die Neuverschuldung der Russischen Föderation. Rechnerisch hätte sich Moskau nach 1991 im Westen nicht zu verschulden brauchen, denn die westlichen Forderungen liegen auf gleicher Höhe wie der geschätzte Nettobetrag der illegalen Kapitalabflüsse (Tabelle 1). Auf diesen Betrag muß Moskau rund 8 bis 9 Milliarden Dollar an Zinsen und Tilgung aufbringen, die entweder durch ein

³ Eine Regressionsrechnung belegt, daß der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion elastisch auf den Verschleiß des Kapitalstocks reagiert hat: Je nach Variante hat eine einprozentige physische Kapazitätsverringernung bei hohem Bestimmtheitsmaß zu einem Produktionsrückgang um 0,73 bis 0,77% geführt.

⁴ Dabei werden die marktfähigen Vermögensbestandteile (Grundstücke, Gebäude, Produktionsanlagen sowie Vorräte) verkauft, wobei die Erlöse aus Kaufkraftgründen in der Regel in Dollar umgetauscht und ins Ausland transferiert werden.

erzwungenes Moratorium, oder durch weitere offizielle Kredite, da Privatinvestoren skeptisch sind, zu beschaffen sind. In jedem Fall ist der Westen als Rußlands Gläubiger negativ davon betroffen, weil er mit entgangenen Einnahmen rechnen muß oder in die Situation gebracht wird, "sich selbst auszuzahlen".

Die Transformationsstrategie des Crony Capitalism in Rußland wurde durch den Westen lange Zeit als Reformanstrengung verkannt und nach Kräften mit Finanzspritzen unterstützt. Naturgemäß hat sich hierbei Deutschland hervorgetan. Die besondere Nachkriegslage bedingte dies: Zum einen war die UdSSR Besatzungsmacht in Deutschland, zum anderen war die frühere DDR der wichtigste Handelspartner der Sowjetunion. Die finanziellen Leistungen und eingegangenen Verpflichtungen des Bundes gegenüber Moskau summieren sich zwischen 1989 und Mitte 1998 auf ca. 127 Milliarden DM.

Tabelle 2: **Kredite und Leistungen des Bundes und deutschen Privatsektors an die UdSSR/Rußland 1989-1998 (in Mrd. DM)**

Posten	Forderungen Staat	Forderungen Privatsektor	Unentgeltliche Leistungen	Summen
Hermes-Kredite	21			
Abzug Sowjetarmee	53			
Lieferanten- und Bankkredite		35		
Überweisungen und Hilfen			22	
Offene Posten: Transferrubelsaldo			22	
Sonstige	9,7*			
Zwischensumme	83,7	35	44	
Kredite und Leistungen insgesamt				162,7
Forderungen				118,7
Forderungen in \$**				63,5
Deutscher Anteil an allen Forderungen				44,7 %

* Investitionsbeteiligungen, Garantien für Kapitalanlage u.a.m.; ** Zum Wechselkurs 1,87 DM/\$.

Quelle: Deutschland ist in Rußland besonders engagiert, FAZ, 16.7.1998, S. 15; Rußland zählt zu den besseren Schuldnern, SZ, 19.8.1998, S. 2; Moskau bedient Hermes-Bürgschaften, FAZ, 20.8.1998, S. 14; BMF, zit. nach: Für den Bund birgt das Rußland-Geschäft ein Milliardenrisiko, FAZ, 18.8.1998, S. 15; Rexrodt: Wir lassen Rußland nicht fallen, FAZ, 19.8.1998, S. 13.

Während ein Teil der finanziellen Leistungen unentgeltliche Zuwendungen sind, handelt es sich sonst größtenteils um Kredite, die von Deutschland gefordert werden. Zwar hört man immer wieder wohlgemeinte Aufrufe, man möge großzügig sein und Rußland bei der Überwindung seiner Finanznot "helfen". Allerdings würde dies die deutschen Interessen konterkarieren: Der Bund allein hat offizielle Kredite in einem Gesamtumfang von 83,7 Milliarden DM vergeben, wovon 21 Milliarden DM Hermes-Bürgschaften darstellen. Der deutsche Privatsektor führt in seinen Büchern Banken- und Lieferantenkredite für netto (d.h. abzüglich Hermes) ca. 35 Milliarden DM. Der effektive Gesamtbetrag der Forderungen des staatlichen und des Unternehmenssektors beläuft sich auf rund 118 Milliarden DM oder ca. 64 Milliarden US-Dollar. Bei einer Gesamtschuld der Föderation von 142 Milliarden Dollar macht dies 45% der Forderungen aus. Die restlichen 55%

teilen sich alle sonstigen G-7- und OECD-Länder, sowie wohlhabende Entwicklungs- und Schwellenländer (Tabelle 2).

Ein Schuldenerlaß kann – zumindest aus deutscher Sicht – nicht der richtige Weg sein. Mehr Kapitalimporte würden dagegen die russische Zahlungsbilanz entlasten, wobei eine strikte Politik der Geldwertstabilität und Öffnung für Investoren künftig einen Vertrauensgewinn herbeiführen könnte. Flankierend sollte die Moskauer Fiskalpolitik für Primärüberschüsse des Föderalbudgets sorgen, um über die Zinszahlungen hinaus allmählich auch einen Reservefonds für den inneren Schuldendienst aufzubauen. So würde die Chance prinzipiell größer, daß die Anleger Vertrauen gewinnen und nach Moskau zurückkehren. Durch Abschaffung von Eintrittsbarrieren, z. B. durch Beseitigung des Bodenerwerbsverbots für Ausländer, könnte diese Rückkehr etwas beschleunigt werden. Mit seinem kreditpolitischen Instrumentarium kann der Westen Druck zur Umsetzung solcher Ziele ausüben.

Ognian Hishow

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>

E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071